

Hitzige Budget-Debatte wider Erwarten

Die Urdorfer Gemeindeversammlung genehmigte das Budget 2025. Doch es wurde nicht nur Sachpolitik betrieben an diesem Abend.

Martin Rupp

Der Schreibende hat schon vieles erlebt und schon über weit mehr als 100 Gemeindeversammlungen geschrieben. Und doch wohnte er am Mittwochabend an der Urdorfer Gemeindeversammlung zwei Premieren bei. Zum einen beantragte ein Stimmbürger, Traktandum 2 vor Traktandum 1 zu behandeln. «Meine Mutter ist gestern gestorben. Ich bin etwas verwirrt und müde.» Zum anderen spielten sich in der Zentrumshalle Szenen ab, wie man sie nur im Theater oder an Konzerten kennt – nämlich Standing Ovationen, doch dazu später mehr.

Da die 224 anwesenden Stimmbürger (total 6198) kein Gehör hatten für den Ordnungsantrag des Stimmbürgers, wurde als Erstes das Budget 2025 behandelt. Man hätte davon ausgehen können, dass dies eine kurze Sache wird. Denn bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115 Prozent ist für das nächste Jahr ein Aufwandüberschuss von 1,56 Millionen Franken geplant. Finanzvorstand Thomas Hächler (FDP) führte durch die wichtigsten Kennzahlen.

Auch gewährte Hächler einen Blick in die längerfristige Finanzplanung. «Bis 2027 rechnen wir mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 115 Prozent, ab 2028 wird der Steuerfuss wohl auf 120 erhöht werden müssen», so Hächler.

RPK: «Müssen den Gürtel enger schnallen»

Just diesem Umstand war es geschuldet, dass Emanuel Agustoni, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) und Co-Präsident der FDP Urdorf, zu etwas längeren Ausführungen ausholte. «In den 70er-Jahren sind aufgrund falscher Annahmen – nämlich dass die Gemeinde heute 20'000 Einwohner haben werde – äusserst grosszügige Bauprojekte im Schul- aber auch Freizeitbereich realisiert worden.» Es sei klar, dass Sanierungen vorgenommen werden müssen. Die RPK sei aber der Ansicht, dass der aktuelle zeitliche Ablauf die Gemeinde Urdorf in eine langfristige Verschuldung führen



Ein sichtlich stolzer Thomas Hächler präsentiert das soeben verliehene Ehrenbürgerrecht. Bild: Martin Rupp

werde, die den Einwohnern von Urdorf nicht zuzumuten sei.

Agustoni verwies auf die Aussage des Finanzvorstands an der Informationsveranstaltung über die Immobilienstrategie Ende August. Demnach könnte der Steuerfuss bis 2032 um stolze 13 Prozentpunkte erhöht werden. Die PPK ist der Meinung, die Immobilienstrategie müsse so umgesetzt werden, dass der aktuelle Steuerfuss von 115 Prozent beibehalten werden könne.

Die RPK sei deshalb der Ansicht, dass bereits jetzt Einsparungen vorgenommen werden müssen und ein Ausgabenüberschuss von 1,5 Millionen Fran-

ken mit Blick auf die Investitionen in den kommenden Jahren nicht angemessen sei. «Es gilt, den Gürtel enger zu schnallen, damit Urdorf für alle Bewohner und auch das Gewerbe attraktiv bleibt», so Agustoni.

RPK stellt zwei Änderungsanträge

Die RPK stellte denn auch zwei Änderungsanträge zum Budget. «Wir haben Projekte, vornehmlich im Strassenbau, herausgegriffen, bei denen ohne weiteres grössere Beträge eingespart werden können.» Erstens wollte die PPK die 650'000 Franken für geplante Schwammstadtele-

mente in der Weihermattstrasse aus dem Budget streichen. Bei diesen Elementen handelt es sich um bauliche Massnahmen, die zu mehr Begrünung und somit Hitzereduzierung führen. «Die geplanten Schwammstadtelelemente sind aufgrund hoher anstehender Kosten finanzpolitisch nicht angemessen», so Agustoni.

Zweitens soll auf 100'000 Franken für ein Verkehrskonzept für flankierende Massnahmen, insbesondere bei der Birmensdorferstrasse, bezüglich Ausweich-/Durchgangsverkehr verzichtet werden. Begründung: «Bei der Birmensdorferstrasse

handelt es sich um eine Kantonsstrasse, die auch durch den öffentlichen Busverkehr genutzt wird, was weitere komplexe rechtliche Fragestellungen aufwirft.»

«Muss aufpassen, dass ich nicht emotional werde»

«Ich muss jetzt aufpassen, dass ich nicht emotional werde», so Planungs-, Bau- und Umweltvorstand Danilo Follador (Mitte). Der unschöne Schleichverkehr durch Urdorf sei eine der grössten Sorgen. «Seit Jahren kämpft der Gemeinderat mit kantonalen Stellen für Verbesserungen.» Er könne nicht nachvollziehen, dass die RPK diese Bemühungen nun torpedieren wolle. Und zum Thema Schwammstadtelelemente führte Werkvorstand Stephan Kistler (parteilos) aus: «Wegen neuer Fernwärmeleitungen wird die Strasse ohnehin aufgerissen.» Deshalb habe sich der Gemeinderat Gedanken gemacht, wie man bei der heute überdimensionierten Weihermattstrasse eine Hitzeminderung bewerkstelligen könnte.

Nicht wenige Parteipolitiker taten in der Folge ihre Meinung kund. Olivier Buchs, Co-Präsident der FDP Urdorf, schlug wenig erstaunlich in die gleiche Kerbe wie die RPK: «Wir haben gar nichts gegen Umweltschutz, und auch die Verkehrsproblematik ist uns bewusst.» Doch wenn in den nächsten Jahren bis zu 200 Millionen Franken investiert werden sollen, würde das in Urdorf zu einer Pro-Kopf-Verschuldung von 10'000 Franken führen, rechnete Buchs vor. «Die FDP Urdorf unterstützt deshalb die beiden Änderungsanträge der RPK.» Auch die SVP stellte sich hinter die RPK. «Was in Sachen Schleichverkehr geplant ist, ist lediglich Symptombekämpfung», sagte Parteipräsident Werner Rüegg.

SP: «Was die RPK bietet, ist befremdlich»

Ursula Baumgartner, Co-Präsidentin der SP Urdorf, ging mit der RPK derweil hart ins Gericht. «Was die RPK heute bietet, finde ich sehr befremdlich. Handelt es sich vorliegend um billige

FDP-Politik?», fragte Baumgartner rhetorisch. Baumgartner stösst vor allem sauer auf, dass der Investitionsstau schon lange bekannt sei. «Trotzdem hat man den Steuerfuss vor zwei Jahren von 118 auf 115 Prozent gesenkt, und auf Antrag der Bürgerlichen ist an der Sommer-Gemeindeversammlung die Mehrwertabgabe um die Hälfte von 40 auf 20 Prozent gesenkt worden.»

Bevor es zur Abstimmung ging, ergriff Gemeindepräsidentin Sandra Rottensteiner (EVP) das Wort. Man habe viele Gespräche mit den verantwortlichen Stellen geführt und Zugeständnisse bekommen. «Es wäre fatal, wenn die Verbesserungen in Sachen Schleichverkehr jetzt an 100'000 Franken scheitern würden.»

Die Abstimmung lief schliesslich auf einen Kompromiss hinaus. Will heissen, die Schwammstadtelelemente wurden knapp aus dem Budget gekippt, während die 100'000 Franken für flankierende Massnahmen Birmensdorferstrasse deutlich im Budget belassen wurden. Das Budget 2025 und auch der Steuerfuss von 115 Prozent wurden schliesslich mit grosser Mehrheit genehmigt. Auch der Gestaltungsplan Weihermatt, dank dem unterhalb des Bahnhofs Urdorf Weihermatt 252 neue Wohnungen entstehen sollen, wurde fast einstimmig angenommen.

Ehrenbürgerschaft für Thomas Hächler

Und nun zu den Standing Ovationen. Diese wurden Gemeinderat Thomas Hächler zuteil, der Ende Jahr nach über 30 Jahren als Gemeinderat zurücktritt. Für seine Dienste erhielt Hächler das Ehrenbürgerrecht verliehen, überreicht von Gemeindepräsidentin Rottensteiner. «Bei allem Verständnis, dass du im Hinblick auf deine Pensionierung aufhören willst – wir lassen dich nur sehr ungern ziehen.» Thomas Hächler nahm die Danksagungen sichtlich gerührt entgegen. «Ich durfte viele schöne Momente erleben.» Sein Dank gehe an erster Stelle an seine Frau. «Ohne dich, Flavia, wäre es unmöglich gewesen, Familie, Beruf und Politik unter einen Hut zu bringen.»

Der tiefste Limmattaler Steuerfuss ist ab 2025 noch tiefer

Gemeindeversammlung Uitikon senkt Steuerfuss von 80 auf 78 Prozent – und will weniger Geld für Hilfsprojekte ausgeben.

«Der Kapitän nimmt den Hut», titelte die Limmattaler Zeitung 2016, als Victor Gähwiler (FDP) nach über 20 Jahren als Uitiker Gemeindepräsident zurücktrat. Seither hielt er sich zurück. Bei der Gemeindeversammlung am Mittwoch machte er eine Ausnahme – und erhielt Applaus.

Aber von vorne: 117 von 3433 Stimmberechtigten kamen ins Udiker-Huus, traktandiert waren lediglich der Steuerfuss und das Budget. Der Gemeinderat wollte den Steuerfuss von 80 auf

78 Prozent senken. Diesen Antrag unterstützte die Rechnungsprüfungskommission (RPK). Eine Bürgerin beantragte, auf die Senkung zu verzichten. Sie holte 24 Stimmen, der Gemeinderat und die RPK 90 Stimmen.

Die Senkung kommt nicht von ungefähr, wie Finanzvorstand Ron Weinstock (FDP) klarmachte. «Die Steuereinnahmen sind immer gestiegen die letzten Jahre.» Neben der Bevölkerung sei auch die Steuerkraft pro Person gewachsen. Zudem

sind die Grundstückgewinnsteuern oft höher als budgetiert – diese Art Steuergelder dürfte auch weiterhin hoch bleiben. Man müsse nur auf den üblichen Immobilien-Plattformen nachschauen, so Weinstock. Und während in anderen Gemeinden wegen des Wachstums oder zu tiefen Investitionen in der Vergangenheit jetzt grosse Investitionen anstehen – zum Beispiel in Weinigen – hat Uitikon diese zum Grossteil schon hinter sich. Ein Beispiel: Erst kürzlich wurde

das neue Schulhaus Allmend mit Dreifachturnhalle und Jugendhaus eingeweiht. Weinstock: «Wir haben gut geplant und sind überzeugt, dass wir den Peak erreicht respektive hinter uns gelassen haben.»

Und: Im Wettbewerb mit anderen Gemeinden müsse Uitikon beim Steuerfuss attraktiv bleiben. Und das tut die Gemeinde: Gemäss den heutigen Informationen rückt sie mit 78 Steuerprozent voraussichtlich von Platz 12 auf Platz 10 der steuergüns-

tigsten Zürcher Gemeinden vor. Der Kanton Zürich hat 160 Gemeinden. Übrigens: Letztmals sanken die Uitiker Steuern per 2020 von 82 auf 80 Prozent.

Nun zu Victor Gähwiler: Ihn störte, dass der Gemeinderat 2025 nur noch 150'000 Franken für Hilfsprojekte budgetierte (statt 225'000 wie 2024) – und verwies auf einen Gemeindeversammlungsentscheid aus den 1990ern, dem gemäss 0,5 Prozent der Steuern in Hilfsprojekte zu investieren seien.

Werde dieses Prinzip abgeschafft, müsse dies die Versammlung tun. Gähwilers Antrag, die Gelder auf 225'000 Franken zu erhöhen, holte Applaus und 31 Stimmen, jener des Gemeinderats 70. In der Diskussion verwies Finanzvorstand Weinstock darauf, dass Uitikon einen hohen Pro-Kopf-Beitrag für Hilfsprojekte zahle: 41 Franken. Da kann selbst die Goldküste nicht mithalten. Drei Beispiele: Küsnacht (33 Franken), Zollikon (18) und Stäfa (5.60). (deg)